



Analyse Wahl der Integrationsräte und –ausschüsse 2010 in Nordrhein-Westfalen

In 102 Städten und Gemeinden wurden am 7. Februar 2010 86 Integrationsräte und 16 Integrationsausschüsse gewählt. In fünf Kommunen wurde das Gremium auf freiwilliger Basis eingerichtet, da dort weniger als 2000 Ausländer leben. Die Anzahl der Kommunen, in denen zwischen 2000 und 5000 ausländische Einwohner leben, beträgt 34. In 63 Städten ist die Einrichtung eines Integrationsrates/Integrationsausschusses zwingend, da hier mehr als 5000 ausländische Einwohner gemeldet sind.

Wahlbeteiligung

Insgesamt waren 1.156.101 ausländische Einwohnerinnen und Einwohner aufgerufen, ihre Stimme abzugeben. Landesweit haben sich 128.945 Wählerinnen und Wähler an der Wahl beteiligt, das entspricht einer Wahlbeteiligung von 11,16 %. Im Vergleich zu den Wahlen 2004 ging die Beteiligung um 0,66 Prozentpunkte zurück und blieb damit fast konstant.

Die höchste Wahlbeteiligung wurde mit 33,93 % im ostwestfälischen Harsewinkel und 32,45 % in Kamen erreicht, in weiteren acht Städten lag die Beteiligung über 20 % und in 18 Städten über 15 %. Damit haben 28 Städte eine Wahlbeteiligung von mindestens 15 % und mehr.

Die niedrigste Wahlbeteiligung wurde in Bergisch Gladbach mit 4,17 % gefolgt von Sankt-Augustin mit 4,36 % und der Landeshauptstadt Düsseldorf mit 4,67 % erzielt. In weiteren zwölf Städten wurde die Marke 8 % nicht erreicht.

Eingebürgerte und Spätaussiedler

§ 27 hat für Eingebürgerte und Spätaussiedler, die diesen Status in den letzten fünf Jahren erhalten haben, die Möglichkeit geschaffen, sich durch Eintragung in die Wählerverzeichnisse aktiv an den Wahlen zu beteiligen. Die LAGA NRW hat von Beginn an diese Frist als zu kurz und das erforderliche Verfahren als zu bürokratisch abgelehnt. Dass diese Einschätzung richtig war, belegen die Zahlen aus den kreisfreien Städten. In diesen 23 Städten waren rund 740.000 Menschen wahlberechtigt, darin sind nur knapp 2.000 Personen erhalten, die die Hürde genommen haben, um ihr Wahlrecht auszuüben. Lediglich in der Stadt Hamm wurde diese Möglichkeit in starkem Maße angenommen. Unter den rund 14.000 Wahlberechtigten befanden sich 1.000 Eingebürgerte und Spätaussiedler.

Briefwahl

Für die erstmals flächendeckend angebotene Briefwahlmöglichkeit liegen Ergebnisse aus 91 Städten vor. Es wurden insgesamt 38.799 Stimmen per Briefwahl abgegeben, dies entspricht 32,7 %. Damit wird unmittelbar erkennbar, dass die Möglichkeit zur Briefwahl eine positive Wirkung auf die Wahlbeteiligung hatte. Dies wird umso deutlicher, wenn man die einzelnen Kommunen mit einer hohen Briefwahlbeteiligung ansieht: In Gladbeck haben 88,8 % der



Wählerinnen und Wähler ihre Stimmen durch Briefwahl abgeben, in Kamen, Köln und Emmerich liegt der Anteil bei über 60 %, in weiteren zehn Städten über 40 %.

Zusammensetzung der Gremien ¹

Es waren 1061 Mandate zu vergeben, wobei 654 gewählte Migrantenveterer zum ersten Mal ein Mandat errungen haben. Dies entspricht in etwa der Zahl von 2004 (1048:612). Das bedeutet einerseits, dass es wiederum gelungen ist, viele Migranten für die kommunalpolitische Arbeit zu gewinnen. Andererseits zeigt möglicherweise die hohe Fluktuation auf strukturelle und politische Defizite der Gremien hin, die bei Mandatsträgern schnell zu Frustration und Rückzug führen können. Es gilt aber dieses Potenzial für die politische Arbeit zu nutzen. Dies kann gelingen durch die Ausstattung der Integrationsräte/Integrationsausschüsse mit echten Kompetenzen und eine enge Einbindung in die Arbeit der demokratischen Parteien. Hierfür sind erste Ansätze erkennbar.

Listen und Einzelbewerber

So werden von den 322 Listen 63 als „Parteinah“ bezeichnet, eine Entwicklung, die so vor fünf Jahren noch nicht zu beobachten war. 117 Sitze wurden von Einzelbewerbern errungen, damit haben sie einen Anteil von mehr als 10 % der Sitze erreicht und den Anteil im Vergleich zu 2004 erheblich erhöht. Denn 2004 verteilten sich die 1048 Mandate auf 251 Listen und 66 Einzelkandidaten.

Frauenanteil

Der Anteil der Frauen liegt mit 274 bei 26,8 % um 2,9 Prozentpunkte höher als 2004. Gegenüber der Ausländerbeiratswahl 1999 hat sich der Frauenanteil erfreulicherweise sogar um 7,8 Punkte erhöht.

¹ Im Folgenden beziehen sich die Angaben auf die bisher vorliegenden Zahlen aus 94 Städten.



Herkunft

Erfreulicherweise hat sich die Anzahl der Herkunftsländer der Migrantenvertreter von 47 im Jahre 2004 auf 52 erhöht. Die größte Gruppe stellen mit 630 die türkeistämmigen Frauen und Männer. Das macht 59,9 % aller Mandate aus, somit ist ein Zuwachs von rund drei Prozentpunkten zu verzeichnen. Von 17,5 % auf 14,3 % ist der Anteil der Deutschen in den Integrationsräten/Integrationsausschüssen gesunken, wobei zu bemerken ist, dass in dieser Zahl mit hoher Wahrscheinlichkeit ein großer Teil von Eingebürgerten enthalten ist. Auffällig ist der weitere Rückgang der Mitglieder aus den ehemaligen Anwerbestaaten außer der Türkei. Aus Griechenland, Italien, Portugal, Spanien und den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien kamen 1999 noch 248 und 2004 158 Mitglieder, jetzt sind es nur noch 112. Die Zahl der Mitglieder aus sonstigen EU-Ländern ist gegenüber 2004 von 15 auf 34 gestiegen und hat damit wieder das Niveau von 1999 erreicht. Ein kontinuierlicher Anstieg ist bei den Mandatsträgern aus den sonstigen Ländern festzustellen, hier erhöhte sich die Zahl auf 126 Personen.

	1999		2004		2010	
	Abs.	%	abs.	%	abs.	%
Türkei	671	57,1	569	56,16	630	59,9
Deutschland	144	12,2	177	17,47	150	14,3
Griechenland	81	6,9	43	4,24	35	3,3
Italien	61	5,2	49	4,83	37	3,5
Ex-Jugoslawien	61	5,2	35	3,45	25	2,4
Portugal	31	2,6	19	1,87	11	1,0
Spanien	14	1,2	12	1,18	4	0,4
andere Länder	80	6,8	94	9,27	126	12,0
sonst. EU-Länder	33	2,8	15	1,48	34	3,2
Summe	1176	100	1013	100	1052*	100

Zu begrüßen ist, dass sich unter den Mitgliedern der Gremien 37 Personen aus Georgien, Kasachstan, Russland, der Ukraine und Weißrussland befinden, wobei davon ausgegangen werden kann, dass es sich hierbei überwiegend um Spätaussiedler/Innen handelt. Dieser Anteil könnte wesentlich höher sein, wenn bei der Frage des aktiven Wahlrechts den Empfehlungen der LAGA NRW gefolgt worden wäre.



Berufsstatus der gewählten Migrantenvertreter

	1999		2004		2010	
	Abs.	%	Abs.	%	Abs.	%
Schüler/Studenten/Azubi	108	9,3	108	11,1	92	9,2
Arbeiter	471	40,6	290	29,9	253	25,3
Angestellter	316	27,2	298	30,7	388	38,8
Beamter	21	1,8	12	1,2	20	2,0
Hausfrau/-mann	42	3,6	40	4,1	37	3,7
Arbeitslos	14	1,2	16	1,6	12	1,2
Rentner	58	5,0	50	5,2	49	4,9
Sonstige Berufe	131	11,3	156	16,1	148	14,8
Summe	1161	100	970	100	999	100

Beim Berufsstatus der Gewählten ist zunächst die starke Veränderung in der Verteilung der Sitze zwischen Arbeitern und Angestellten zu bemerken. Während 1999 die Anzahl der Arbeiter mit 40,6 % um 13 Prozentpunkte über der der Angestellten lag und die Verteilung 2004 fast gleich war, ist nunmehr die Gruppe der Angestellten mit 38,8 % um 13 Prozentpunkte über der der Arbeiter.

Die übrigen Berufsgruppen sind relativ stabil, lediglich bei Schülern, Studenten und Auszubildenden ist ein leichter Rückgang feststellbar.

Altersstruktur

	1999		2004		2010	
	Abs.	%	Abs.	%	Abs.	%
16 – 25	124	10	83	7,9	79	7,5
26 – 40	676	54,8	531	51,1	451	43,1
41 – 60	394	31,9	373	35,9	437	41,7
Über 60	40	3,3	53	5,1	79	7,5
Summe	1234	100	1.040	100	1.046	100

Es ist zwar festzustellen, dass sich die Altersstruktur dahingehend verschoben hat, dass die Mitglieder im Durchschnitt älter sind als noch vor fünf Jahren, gleichwohl handelt es sich um „junge“ Gremien, da 50 % der Mitglieder sich im Alter zwischen 16 und 40 Jahren befinden.